

Saale-Beitung.

Dreizehnzehnjähriger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pf., folge aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von welchen Anzeigenstellen und allen Einnahmen berechnet, angenommen.
Bestimmte die Zeile 60 Pf.
Einmal wöchentlich pro Monat; Sonntage und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Im Halle wöchentlich 2,50 M., bei postamtlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausl. Briefporto. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5908 des amtl. Anz.-Betr.

Gescheftsdirect:

Carl Dehmann in Halle S.

(Erscheinungsverbindung Nr. 176.)

Nr. 564.

Halle a. d. Saale, Freitag den 1. Dezember

1899.

Der Weg zum Persischen Golf.

Mitten in den Wirren des indisch-persischen Krieges hat sich ein Ereignis vollzogen, das unsere Blicke nach Kleinasien und den weiten Gebieten Mesopotamiens lenkt, wo eine seit langem verdrörrte und viel umstrittene Angelegenheit ihre Lösung gefunden hat. Es ist der geplante Bau der Persisch-Arabischen Eisenbahn und das Schwarze Meer mit dem Persischen Meerbusen verbinden und auf diese Weise den Landweg nach Indien erheblich verringern, die menschlich weiten, einst hochkulturellen Gebiete wieder der Zivilisation und dem Verkehr erschließen wird und die neben ihrer wirtschaftlichen auch eine hochpolitische Bedeutung besitzt. Engländer, Franzosen und Russen haben seit Jahrzehnten auf dem Plan einer Bahn gearbeitet, welche die Südpersischen mit den mesopotamischen Provinzen der Türkei verbindet und gleichzeitig eine bequeme Verbindung mit West- und Südpersien ermöglicht. Ganz besonders England legte Wert darauf, sich diese Route zu sichern, um den Russen den Weg nach Osten zu sichern und die persische Verbindung mit dem Persischen Golf zu paralysieren. Schon vor zehn Jahren hatte das Kaiserreich einen Vertrag mit dem persischen Regierung geschlossen, der ihm die alleinigen Rechte zum Bau einer Bahn von seinen kassatischen Besitzungen zum persischen Meerbusen sicherte, aber dieser Vertrag ist nicht zur Ausführung gekommen, er ist nur vor einigen Tagen auf abwärts zum Jahre verlängert worden, nachdem die Russen gleichsam als Abfänger die Bahnlinie von Teheran bis Isfahan gebaut haben.

Das ist auch ein Erfolg, der er wird von den Engländern schwerlich empfunden, die noch immer nicht wissen, wie weit die Verhandlungen hinsichtlich des Baues wegen Abtretung des Hafens von Bender-Abbas am Persischen Golf getrieben sind, aber die Engländer sind nie auf der faulen Bank gelegen. Was sie zum kassatischen Meerbusen zuverfügen, haben sie gefast und in Südpersien fest Fuß gefast. Sie haben die Schiffahrt auf dem kassatischen Meerbusen, sie haben sich auf den Bahnen-Infrastruktur und der Luftverkehr, die an die Arabischen Küsten grenzt, ein aufmerksames mitläufiges Auge zuwenden. Zugleich trachten sie, den Sultan von Maras auf der arabischen Küste des Meerbusens selber unter ihr Protektorat zu bekommen und sie verhandeln in dem vergangenen Frühjahr sogar die bereits vollzogene Abtretung eines Hafens als Kolonialstation an Frankreich, die der Sultan von Maras (oder Oman) bewilligt hat. Ihre Bestrebungen unter dem arabischen kleinen Herrschern an der Wüstenküste des Schat-el-Arab (des vereinigten Euphrat und Tigris) sind bekannt, ebenso wie sie sich in die Familienintrigen des Scheichs von Kuwait mischen, dessen Völkchen der persischen Oberhoheit unterliegt, nur um seinen Fußtritt der Oberhoheit des Persischen Reichs außer ihrem Einfluß zu lassen. Daneben ist seit langem eine Dampfmarine auf dem Schat-el-Arab eingerichtet worden, die von Bassorah (Weg an Tiflis) nach Bagdad geht und die dem englischen Handel große Vorteile gebracht hat. Aber immer blieb noch die Sonderbindung in das weite Gebiet Mesopotamiens und damit nach Tiflis-Armenien, Arabien und Kleinasien ungelöst. Die Fortsetzung dieser Linie, so wie eine Fortsetzung der Linie, die von Bagdad nach Persien führt, sind die beiden Hauptaufgaben, die die Engländer in der letzten Zeit in der Verhandlung der hohen Pforte gehandelt, der Sultan hat den Traktat zum Bau erteilt.

Das ist ein Erfolg, der einer gewonnenen großen wirtschaftlichen Schlacht gleichkommt und der, wenn auch das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund tritt, der politischen Bedeutung nicht entbehrt. Er zeigt den großen Einfluß Deutschlands in der Türkei in vollstem Maße, und wenn es auch wahr zu sein scheint, daß die deutschen Konsuln in sich mit französischen Interessen verbinden mußten, so ändert dies nichts an der Tatsache eines deutschen Sieges. Zwei Tage wird die bisherige schiffliche Verbindung nach Indien abgebrochen, wenn die Bahn einmal vollendet ist, und darin allein zeigt sich die Bedeutung der ungelösten Angelegenheit des Schat-el-Arab. Außerdem, dessen maßgebende Mächte sich im letzten Sommer gegen eine Verbindung der Konsuln auf das deutsche Konsortium aussprachen, hat sich der vollenzogene Traktat gegenüber noch nicht geändert, aber es hat keinerlei Nachteil davon. Seine Pläne in Bezug auf Persien bleiben unberührt, und es kann sogar nach Abschluß eines neuen Vertrags mit dem Schat-el-Arab wegen der persischen Bahn den Bau einer solchen in Aussicht nehmen, wenn es den staatlichen Interessen dienlich erscheint. Eine solche Linie schadet dem deutschen Unternehmen nicht, und die mit der Zeit für den Bau unbedingte erforderlich werdende Bahnverbindung mit dem persischen Golf hat einen viel mehr tiefen als wirtschaftlichen Wert.

Das aber deutsches Kapital und deutscher Einfluß vom Mittel-Asien und vom Schwarzen Meer bis zum Persischen Golf ihren Einfluß in den Verkehrsverbindungen ausüben werden, ist von weitgehender Bedeutung. Nicht allein wird die Türkei viel großen Nutzen aus der wirtschaftlichen Erschließung dieser weiten Gebiete ziehen, die bisher auf den Karawanenwegen angewiesen waren, und die dem Hinterland fast gar keinen Vorteil brachten. Aber auch vom allgemeinen

Interessen Standpunkt hat Deutschlands Unternehmungsgelüste ein Stück Arbeit vor sich, das ihm Anerkennung und Ehre von allen eintragen muß, denen nicht Chauvinismus und Voreingenommenheit die Augen trübt. Selbst in England wird man zur Erkenntnis kommen, daß es besser ist, Deutschland durch die Euphratbahn, als durch Frankreich. An dem Kampf um die politischen Interessen, die sich im Bereich des Persischen Golfes in jeder oder fernere Zeit abspielen werden, wird Deutschland jedenfalls seinen Anteil nehmen.

Beitrag. 30. Nov. Die der anastolische Bagdad-Bahn erteilte Konzession erregt hier das größte Aufsehen, da man bisher immer an der Erteilung zweifelte. Die „Kosovje Bregina“ nennt die Konzession ein Ereignis von historischer Bedeutung für den mesopotamischen Orient. Das Blatt bemerkt, daß die russische Diplomatie den Bau nicht habe verhindern können. Durch das sofortige Unternehmen gebürt die Zukunft der asiatischen Türkei Deutschland trotz der Behauptung von russischen Soldaten, die ihr Leben in den Türkenkriegen verloren. Auf-land bleibe nur noch übrig, sich den Weg zum kassatischen Meerbusen zu sichern und dieselben seinen fremden Einfluß zu bannen. Der Bericht über den glänzenden Sieg Deutschlands im Konstantinopel ist allgemein.

Deutsches Reich.

Das Schicksal des sozialdemokratischen Koalitionsrechtsantrages. Die gewiß keine sozialreaktionäre Tendenzen verdächtige „Soziale Partei“ schreibt über den sozialdemokratischen Koalitionsrechtsantrag:

„Niemand weiß besser als die Sozialdemokratie, daß ihr Antrag unzulässig abgelehnt werden wird. Wäreigen von den Reichstagen haben Zentrum, Nationalliberale und Freiwilliche Vereinbarung beschlossen, mit ganz kurzen Erklärungen ihn von der Schwelle zu weisen, namentlich mit Hinweis darauf, daß die Gewerbeordnungsnovelle, zu deren Vorarbeiten 192 und 193 der sozialdemokratische Entwurf eingebracht ist, hierdurch eine Stellung erfahren würde, die ihren früheren Entwürfen und dem Inhalt nach weitgehendermaßen gleichwertig zu betrachten wären. Diese parlamentarische Sachlage erhebt uns im Augenblick der Notwendigkeit, die Lebensfähigkeit dieses Entwurfs zu beurteilen. Die Sozialdemokratie hat mit dieser Angelegenheit auch ganz andere Absichten. Das einmündige und entschlossene Eintreten der sozialdemokratischen Bürgerlichen Parteien für das Koalitionsrecht, das sich im Falle der Ablehnung der 50-60 sozialdemokratischen Stimmen, sondern die mehr als 200 Abgeordneten des Zentrums, der Nationalliberalen, Freiwillichen, der Sozialdemokratischen Bürgerlichen Parteien, die die maßgebende Mehrheit des Reichstages bilden, hat in sehr vieler Hinsicht den deutschen Arbeiterwelt tiefen Eindruck gemacht. Man konnte glauben und vertrauen, daß der deutsche Arbeiter nicht von der Sozialdemokratie allein, wie viele dies vorgab, sondern auch von der Reichstagsmehrheit, die sich in seinen Interessen und in seinen Forderungen gesammelt hat, geschützt und gefördert werde. Die Sozialdemokratie aber ist die härteste Waffe gegen die Sozialdemokratie. Deshalb hat die Partei den Entwurf eingebracht, um jenen Eindruck in der Arbeiterwelt zu verwischen und die bürgerlichen Parteien zu verächtlichen, als ob sie im Grunde noch der Koalitionsfrage nicht genug tun würden, wiewohl sie doch gerade es waren, die sie oben geschützt haben.“

Pöhlische.

„In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden der Antrag Hessens, betreffend die Zulassung von Reichsanwälten beim Oberlandesgericht in Darmstadt, und die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsanwälte, in dem betreffenden Ausschusse überlesen. Dem Ausschusse wurde zu dem Entwurf einer staatsrechtlichen Verordnung, betreffend das Verfahren vor den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten, ferner den Ausschussberichten über die Vorlage, betreffend den Entwurf einer Verordnung wegen der Formen des Verfahrens und des Geschäftsabganges des Reichsgerichts, ein Antrag in dem Angelegenheiten der Invalidenversicherung, über die Vorlage betreffend die Beteiligung von Konventionsrechten an die mit dem Siege in Ungarn gebildete „Schantung Verghau-Gesellschaft“, über die Vorlage betreffend den Entwurf einer Verordnung wegen der Klaffen-einteilung in der Türkei, den Ausschussbericht über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beteiligung des Handels-Gesetzes für die Schutzbereiche auf dem Reichsgebiet 1900, den Ausschussberichten über Entwürfe von Gesetzen, betreffend die Festsetzung des Reichshaushalts-Gesetzes für 1900 und die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsbesitzes, der Marine, u. s. w., sowie betreffend die Vermeidung über die Reichsanwälte, in dem Ausschusse über den Entwurf des Reichshaushalts-Gesetzes für 1900 und über die Aufnahme von Staatsanwaltschaften-Gesetz für 1900, und zwar für das Invalidenversicherungsgesetz und zum Etat der Reichsanwälte, wurden genehmigt.“

„Das Versteißer des Wasser“, sagt hoch der arbeiterliche Pöhlische. „Ob Wasser ist aber ein Wasser“, spottet die „Soziale Partei“, die sich neben dem Bundesrat, hinaus aus Wasser ist die Lösung. Mehr Schiffe wollen wir haben, mehr Kriegsschiffe und mehr Frachtschiffe. Und deshalb ist es logisch richtig, daß die Regierung sämtliche Parteien bestimmt, die einen, weil sie nicht aus Meer wollen, und die anderen, weil sie sich auf den Reichsgebiet wollen. Wir finden die Politik nicht? Sie ist doch mit einem einzigen Wort in vollständiger Reife gefestigt, wenn man sagt, daß sie im Zeichen des „Wassermannes“ steht.“

„Der v. Gerlach selbst hat in der „Sozialen Landeszeitung“ die Nationalliberalen nicht über folgende Bemerkungen: „Kann man das, was sich nationalliberale Reichstags-

fraktion nennt, überhaupt noch als Partei bezeichnen? Oder der fromme Wassche, der von einer „alleinhandelnden“ Kirche spricht, dort der materialistische Medialer Ende-mann. Hier der begeisterte Kaiserlicher Heber, dort der freisinnige Haas, der gegen das Schutzzölle aufgehoben haben möchte. Hier die Sachkenner, die für ein Kartell mit den Konventionen schwärmen, dort die Pantheisten, die in den Konventionen ihre Ärgsten finden sehen. Hier die Müller und Genossen, die für Arbeiterkartell, dort die Arbeitermänner und Genossen, die für Arbeiterkartell sich begeistern. Hier die reinen Agitatoren, die für die Kartelle, dort die sozial angebundenen Agitatoren wie Graf Orlova, die die unzulässigen Antiquitäten wie Büding. Hier die Leute, die den Antrag Ratz als gemeinheitsförmlich bezeichnen, dort die, die für ihn stimmen. „Es geht sogar Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, die in ihrer Periode die gegenwärtigen Strömungen in ihrer Partei verkörpern. So Herr Wassche, dieser Nationalist, der im Jahre 1898 in Thüringen mit Hervorhebung seines liberalen Zuges gegen den Bund der Landwirthe, und in Mecklenburg mit Hervorhebung seines agrarischen Zuges für den Bund der Landwirthe und die Konventionen stand.“

„Wie wenig Vertrauen der Bund der Landwirthe zu der Arbeiterkraft seines Programms hat, kann man daraus erkennen, daß er noch wie vor die Gemeindevorsteher auf dem Lande für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen trübt. So hat die Geschäftsstelle des Bundes an sämtliche Gemeindevorsteher in Kreise, in den in den nächsten Tagen in 15 hundert Kreisen, die in ihrer Periode die gegenwärtigen Strömungen in ihrer Partei verkörpern. So Herr Wassche, dieser Nationalist, der im Jahre 1898 in Thüringen mit Hervorhebung seines liberalen Zuges gegen den Bund der Landwirthe, und in Mecklenburg mit Hervorhebung seines agrarischen Zuges für den Bund der Landwirthe und die Konventionen stand.“

„Gegenüber dem erneuten Demers der Berliner Korrespondenz“ in Sachen der Berliner Selbstverwaltung schreibt die „Sozial. Volkst.“: „Gegenwärtig tritt mehr der Gedanke in den Vordergrund, eine vermehrte Staatsaufsicht über die Provinzen in der Provinz zu lassen, die seit der Kommunalverwaltung sich in mehrfachen Beziehungen nicht bewegt habe. Dazu hatten noch die Reichsautentikationen sowie die Differenzen bezüglich des Reichsbesitzes der Wägenstellen sehr veranlaßt, so daß vielfach die Meinung herrschte, zu gehen es nicht weiter. Eine Vorlesung trage man an maßgebender Stelle sich mit dem Abnichte, hierzu Vorschläge zu machen. Nur darüber, was geschehen soll, sei man noch nicht schuldig geworden.“

Wirtschaftskammern.

„Zu den Erörterungen des Reichstages über die reichs-gesetzliche Regelung der Vergabegebungen schreibt die „Nord. Allg. Sta.“ u. a. folgendes:

„Es muß den tendenzvollen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners gegenüber hervorzuheben werden, daß von allen Unfällen im Vergabegebiet schon heute nur 110 v. H. auf die Schuld der Arbeitgeber zurückzuführen sind, während in 40 v. H. aller Fälle das Kind mit der Mutter in der Arbeit der Arbeiter liegt zur Last fällt. Die Zahl leichter Unfälle würde doch sehr vermehrt werden, daß die Arbeiterkraft auf ihrer Mitte Delegation zur Aufsicht der Betriebe in gleicher Zahl wählte, wie das aus agitatorischen Gründen von der Sozialdemokratie gefordert wird. Wollte man sich nicht die Verantwortung der Beschäftigten der sozialdemokratischen Redner, der Arbeiter, die in unzureichender Weise, ja zum Teil gar nicht vertreten werden. Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren ergibt sich vielmehr, daß auf jede Schachanlage im Jahre 25-26 Revisionen entfallen. Verwaltungstechnisch unzulässig wäre eine einheitliche Regelung der Vergabegebungen nicht, aber der Zeitpunkt für sie wäre heute durchaus ungeschicklich gewählt, da augenblicklich verschiedene Bundesstaaten sich bereits mit einer Revision ihrer Vergabegebungen befassen. Doch der Sozialdemokratie um eine einheitliche Regelung etwa aus nationalen Gesichtspunkten auch gar nicht zu tun ist, ergibt sich aus einer Neuerung des sozialdemokratischen Redners, der seine diesbezügliche Forderung damit begründete, daß der internationale Vergabeverkehr sich gefast habe. Einer derartigen Anregung zu folgen, hat aber weder die Reichsregierung noch der Reichstag irgend welchen Anlaß. Für die angeführten Faktoren des Reichs stehen vielmehr nur die sozialistischen, jedoch ungenügenden Beweise des Reichs maßgebend sein, und solche liegen auf dem Gebiete der Vergabegebungen nicht vor.“

Nach den obigen Worten des offiziellen Organs ist in den Vergabegebungen eigentlich alles loszulassen in bester Ordnung. Die häufigen Grundbesitzbesitzer dieses aber leider nicht.

„Die volkswirtschaftliche Gesellschaft zu Berlin begann am Dienstag, den 28. v. M., ihre neue Vereinsjahr mit einer Sitzung im großen Saale des Kaiserhofes. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn v. Gerlach, wurde die Resolution angenommen. Der Hauptgegenstand seiner Erörterungen bildete der zweite Absatz des 152 der Gewerbeordnung, nach welchem jedem der Mitglieder von gewerblichen Koalitionen freizulassen, ohne daß dagegen Einrede oder Klage erhoben werden kann. Hiervon führte aus:

„Der Kern ist eines der wesentlichsten Elemente des wirtschaftlichen Lebens, und diesem Grunde muß auch die Beschäftigung der Bildung von Koalitionen anerkannt werden. Es muß aber den Parteien - Arbeitgebern und Arbeitnehmern - überlassen bleiben, nach Zeit und Umständen zu entscheiden, wie es ihr Interesse oder ihr Gewissen ihnen gebietet, einer Koalition beizutreten oder nicht. Koalitionen auszuführen, ohne daß sie an Verpflichtungen gebunden seien, die

